



# Das Reichsbanner

Nr. 9 · September 1968 · 12. Jahrg.

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

## Die Kommunalwahlen und die Extremisten

ak. — In allernächster Zeit finden in Niedersachsen, Hessen, im Saarland und in Baden-Württemberg wieder Kommunalwahlen statt. Der Wiederaufbau und Neubau einer demokratischen Selbstverwaltung in den deutschen Gemeinden und die dort von 1945 bis heute vollbrachten Leistungen, können sich nicht nur sehen lassen, sondern sie sind sogar ein besonderes Ruhmesblatt für die außerordentliche Wirksamkeit demokratischer Kommunalpolitiker in den Städten und auf dem Lande. Und unter den ehrenamtlichen und hauptamtlich tätigen Gemeindepolitikern befinden sich viele, die bereits vor 1933 und auch jetzt wieder unsere Freunde waren oder in unseren Reihen standen und auch heute wieder oder neu bei uns sind.

Wenn wir das feststellen, müssen wir zurückdenken an die Zeit, als die deutsche Selbstverwaltung nur noch eine Farce und die Ratsversammlungen nur noch Gesangsvereine waren, um heute unser besonderes Interesse daran zu zeigen, daß bei den anstehenden Kommunalwahlen wieder tüchtige und demokratische Kommunalpolitiker, junge und ältere bewährte in die Gemeindeparlamente einziehen.

**Wir erwarten, daß auch unsere Kameraden sich für die Wahl demokratischer Kandidaten besonders einsetzen; hier und da wird wohl der eine oder andere Kamerad selbst Kandidat einer demokratischen Partei sein und auf ihrer Liste stehen.**

Wo der Wahlkampf schon im Gange ist, versprechen Rechtsextremisten lautstark „alles besser zu machen“. In kleineren aber auch größeren Gemeinden besteht durchaus die Möglichkeit, daß der eine oder andere Rechtsextremist in ein Gemeindeparlament kommt und nachher bei wichtigen Entscheidungen „Zünglein an der Waage“ spielen möchte und auch spielen wird.

**Mit Rechtsextremisten darf es jetzt keine Zweckbündnisse und nach den Wahlen keine Zweckentscheidungen bei**

**Bürgermeister- oder Ausschußwahlen, oder wo immer es um Personen — oder gewichtige Sachentscheidungen in der Gemeinde geht, geben.**

Wie in den Länderparlamenten durchweg, muß es so sein, daß diese Leute sich auch hier beklagen sollten, daß ihre Ratskollegen mit ihnen noch nicht einmal Schafskopf spielen. Absolute Distanz von ihnen im Rat, in der Öffentlichkeit, in Vereinen usw., kann jeden entschiedenen Demokraten nur ehren.

**Diese Leute sind unsere Feinde — nicht unsere Gegner!**

Wenn jetzt der Rechtsanwalt und Oberkreisdirektor a. D., Mitglied des Bundestages, Dr. Josef Stecker aus Meppen, einer der Besucher der Faschistenjunta in Griechenland, in einem Spiegel-Interview sagte, man solle „die achtbaren Menschen in dieser Partei (NDP) zumindest auf kommunaler Ebene zu verantwortlicher Arbeit zwingen...“, weil dann das phrasenhafte ihrer politischen Argumentation leicht sichtbar würde, und dann fortfährt: „Denn was die an nationalen Anliegen und konservativem Gedankengut haben, das praktizieren wir ja täglich“, so muß man das zweimal lesen, um begreifen zu können, welche politischen Auffassungen heute schon wieder bei einem Mitglied einer demokratischen Partei festzustellen sind. Die Argumentation des Herrn Stecker riecht verdammt nach dem Käse, der noch sattsam bekannten „Harzburger Front“.

Und einige Wochen später, nachdem uns die Ausführungen des Herrn Stecker bekannt wurden, erreichte uns die Nachricht, daß in Niedersachsen schon in zwei kleineren Gemeinden CDU und FDP eine Listenverbindung mit der NDP eingegangen sind!

Erfreulicherweise haben sich die betroffenen demokratischen Parteien von dem Tun ihrer Parteifreunde distanziert. Distanzierung genügt aber nicht und wir können nur hoffen, daß wenn diese Zeilen im Druck erschienen sind, der Ausschluß dieser „Parteifreunde“ erfolgt

ist. Wir dürfen wohl erwarten, daß auch die Kameraden unseres Bundes, die einer der beiden Parteien angehören, den in Frage kommenden Stellen gehörig den Marsch blasen werden. Aber recht nachdenklich werden wir auch, wenn manche Leute sagen: „Warum denn jetzt ein Scherbengericht mit den ‚kleinen Leuten‘ auf der unteren Ebene anstellen, wenn Herr Stecker, Mitglied einer großen und zuverlässig demokratischen Partei, Äußerungen machen kann, wie sie der ‚Spiegel‘ zitiert.“

**Wer aber meint, man müsse mit den „Patrioten“, wie ein guter Kenner dieser Leute jüngst die Rechtsextremisten bezeichnete, „vernünftig reden“ oder gar mit ihnen kungeln, dem ist nicht zu helfen, der wir noch sein Wunder erleben. Wir auf jeden Fall, wollen alles tun was geeignet ist, politisch den Rechtsextremisten und Reaktionsären den Garaus zu machen.**

Aber damit keine Mißdeutungen entstehen, sei noch eine andere kurze Bemerkung gemacht: **Diese Haltung richtet sich auch gegen die Linksextremisten, wenngleich die vielen Schwärmer und Sektierer unter ihnen kaum eine politische Potenz sind und auch nicht damit zu rechnen ist, daß es ihnen gelingt, bei den Kommunalwahlen Erfolg zu haben. Rechtsextremisten gibt es nämlich leider schon wieder mehr. Es sind nicht nur die Mitglieder und Anhänger einer bestimmten Partei, sondern dazu kommen viele deutsche Spießer, die mit ihrem scheinbar apolitischen Verhalten oder mit primitiver politischer Argumentation schon fast faschistisches Denken vorexerzieren.**

**Als dieser Artikel in Satz gegeben wurde, konnten wir nicht ahnen, daß auch die SPD in Niedersachsen ihren „Fall“ hat, ähnlich wie er vorstehend von uns der CDU und FDP angekreidet worden ist. Wir haben der Mißbilligung, die der Sprecher des Vorstandes der SPD in Bonn, sehr entschieden verkündet hat, nichts hinzuzusetzen. Wehret den Anfängen!**

# Nacht über der Tschechoslowakei

Viele Wochen nach den schändlichen Ereignissen in der Tschechoslowakei ist es uns nicht möglich, heute an dieser Stelle über die jüngste Entwicklung in diesem Lande zu berichten, da wir weder eine Tages- noch eine Wochenzeitung, sondern ein Mitteilungsblatt sind. Daß unsere Sympathien dem tschechoslowakischen Volk gehören, das 30 Jahre nach dem verbrecherischen Überfall des deutschen Faschismus auf sein Land, sich erneut der Willkür eines totalitären Systems ausgesetzt sieht, ist selbstverständlich. Wir möchten aber unseren Kameraden zwei interessante Stellungnahmen zu den Vorkommnissen in und um die Tschechoslowakei, die in der „Westfälischen Rundschau“ und in der „Süddeutschen Zeitung“ dieser Tage erschienen sind, nicht vorenthalten. Wir geben sie nachstehend **ungekürzt** wieder und sie bedürfen unseres Erachtens keiner Kommentierung:

## Amokschreiber

„Vor den Rüstkammern des kalten Krieges hat das große Drängeln begonnen. Gierig greifen unsere gelernten Antibolschewisten nach den verrosteten Hellebarden und Morgensternen, mit denen sie in den 50er Jahren die Sowjetunion in die Knie zwingen wollten. Ihr Feldgeschrei hallt durch viele deutsche Zeitungen. Das längste Echo findet es in der Springer-Presse. Wen wundert's?

Über die moralische und politische Infamie des sowjetischen Überfalls gibt es unter den Demokraten überall in der Welt nur eine Meinung. Über die Unsinnigkeit einer Politik, die Dubcek und das Volk der Tschechen und Slowaken an Moskau rächen will, sollte es unter vernunftbegab-

ten Menschen allerdings auch nur eine Meinung geben. Doch darin täuscht man sich.

Politik mit dem Kopf zu machen und nicht mit anderen Körperteilen, das übersteigt die Möglichkeit etlicher Leute in Deutschland. Statt die Demonstration militärischer Stärke durch die Sowjetarmee als das Eingeständnis der politischen Schwäche des größten kommunistischen Landes zu begreifen, statt zu erkennen, daß dieses furchtbare Abenteuer mit Sicherheit von seinen Urhebern eines Tages politisch bezahlt werden muß, wollen sie auch in unserem Land Kreuzzugstimmung wecken. Wieder einmal sollen die Deutschen an die Front gehen. Die Folgen? Die bedenken sie nicht, die kümmern sie nicht. Sie leisten der Bundesrepublik einen Bären-dienst, sie schaden auch den Prager Reformern. Das ist ihnen wohl gleich.

„Den Tschechen ist also nicht mehr zu helfen“, so stand es in der letzten Ausgabe der „Welt am Sonntag“ zu lesen. Der das schrieb heißt William Schlamm und wird vom Hause Springer als das nationale Gewissen vom Dienst beschäftigt. Als ehemaliger Kommunist, denkt man dort wohl, kennt er die Verruchtheit der Genossen von ehemals. Ein honetter Autor rundum, der es sich leisten kann, die schlappen Demokraten in Bonn herunterzumachen wie die Straßenjungen.

Dieser Mann verlangt mit jener Arroganz, die das Markenzeichen hurtiger Intelligenz ist, den Rücktritt von Willy Brandt: . . . man klopf ihm begütigend auf die Schulter. Man mache ihn, in Gottes Namen, zum Bundespräsidenten — wenn er nur endlich seine Hand von der Außenpolitik läßt. Schlamm will einen Außenminister, „der den kalten Krieg versteht“. Da bebzt er stammatisch des deutschen Kleinbürgers. Da jauchzen die Bolschewikenfresser. Da schultern sie den Sattel für neuen Ostlandritt. Da sollen die anderen wieder einmal das Zittern vor den Deutschen lernen; die sich allzulange schon als Krämervolk unter Preis verkauft haben.

So empfindet die Gemeinde eines William Schlamm, den es nach neuen Stahlgewittern dürstet. Mit der modisch abgewandelten „Deutschland-erwache“-Losung will er hausieren. Jenes Springer-Sonntagsblatt möchte den nationalistischen Schocker nicht entbehren. Der Mann spielt seine Gage ein. Von Politik versteht er wenig bis nichts. In bössartiger Polemik ist er ein Fachmann. Ein Amokschreiber gegen Liberale und Sozialdemokraten, ein Geistesverwandter jenes Eduard von Schnitzler, der im Ostberliner Fernsehen den Freiheitskampf der Tschechen und Slowaken als Konterrevolution diffamiert, und der seine Schreibmaschine zeitweilig so gern als Guillotine gebrauchen würde.

Wenn wir den Menschen in Prag, Preßburg oder Kaschau helfen wollen, müssen wir unsere gerechte Empörung disziplinie-

ren. Durch antisowjetische Lautsprecherei machen wir es Dubcek nur noch schwerer. Und uns selber. Die Entspannungspolitik ist zurückgeworfen, nicht widerlegt worden. Muskelrollender Antikommunismus — das ist es gerade, was die Sowjets von uns erhoffen, damit sie sich von ihrer trostlosen Gewaltpolitik wegstellen und die Invasion als eine Maßnahme zum Schutz der CSSR vor dem westdeutschen Neonazismus schönreden können.

Daß Bonn heute nicht mit wehenden Fahnen den Atomwaffensperrvertrag unterschreiben will, ist einleuchtend. Daß einige Leute außerhalb der Regierung in grotesker Verkenntnis der Weltlage und unserer nationalen Interessen jetzt zur Liquidation der Entspannungspolitik raten und dabei die Gefühle der Menschen für ihre rückschrittlichen Ziele auszunutzen versuchen — das muß gleich zu Beginn dieser Kampagne erkannt und vereitelt werden. Wer verkennt eigentlich, daß der kalte Krieg niemals ganz aufgehört hat? Die Schlamm und Freunde möchten ihn wieder auf volle Touren bringen.“

(Klaus Bölling, Westfälische Rundschau, 28. 8. 1968.)

## Das Streiflicht

„(SZ) Nichts kann gelernte Kommunisten so erbittern wie die Behauptung, Diktaturen, ob braun, rot oder andersfarbig, seien einander zum Verzweifeln ähnlich. Sie pflegen einzuwenden, Nationalsozialisten und Leninisten hätten doch völlig entgegengesetzte Ziele: Herrschaft einer Herrenrasse die einen, Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die anderen. Aber die Fernziele jeder Politik liegen im Nebel der Zukunft. Sie liefern manchmal auch nur den Rechtfertigungsgrund für die Handlungen, die in ihrem Namen geschehen. Und wo sollen wir in den Handlungen die Unterschiede entdecken, etwa im Fall der Tschechoslowakei?

Ein Mitglied des Prager Zentralkomitees hat jetzt glaubwürdig berichtet, wie sein Parteiführer Dubcek nach dem Einmarsch der Russen behandelt und was ihm angedroht wurde. Sowjetische Sicherheitsbeamte legten ihm Handschellen an, schleppten ihn in ein Flugzeug, in dem er aber keinen Platz angewiesen bekam, sondern auf dem Boden kauern mußte, und brachten ihn an einen Ort, dessen Namen er nicht erfuhr. Erst als der alte Staatspräsident Svoboda sich weigerte, irgendwelche Verhandlungen in Moskau zu beginnen, bevor nicht Dubcek und die anderen verschleppten Parteiführer an seiner Seite säßen, wurden die Gefangenen herbeigebracht und waren mit einem Male wieder Vertreter ihres Landes am Konferenztisch. Wo liegt der Unterschied zwischen solchen Verfahren und dem Auftreten eines Hitler gegen Schuschnigg und den Tschechen Hacha vor 30 Jahren?

---

**HELFT**

**UNSEREN**

**in NOT GERATENEN**

**NACHBARN IN DER CSSR**

Postscheckkonto Nr. 9000

Alfred Nau, Bad Godesberg,

Sonderkonto Postscheckamt Köln

**WILLY BRANDT**

**LUDWIG ROSENBERG**

**Prof. Dr. THEODOR ESCHENBURG**

---

Die Parallele geht leider noch weiter. Als die Nationalisten die Tschechoslowakei zerschlugen, machten sie das Land der Slowaken zu einem eigenen, von Berlin aus kontrollierten Staat, Böhmen und Mähren dagegen zum deutschen Reichsprotectorat. Nach dem Bericht des Prager kommunistischen Gewährsmanns wurde Svoboda vor ein Ultimatum gestellt, er müsse entweder sofort die Prager Regierung und Parteiführung ändern oder aber

die Slowakei werde in eine Sowjetrepublik verwandelt werden, während aus Böhmen und Mähren autonome Gebiete unter Moskauer Kontrolle gemacht würden. Der alte Soldat hat diese Alternative abgelehnt und so das Schlimmste von einem Lande einseitig abgewendet. Wir aber reiben uns die Augen und fragen, ob dieses sowjetische Konzept nicht auf ein Haar der nationalsozialistischen Politik von 1939 gleicht – als ob es aus Hitlers Plänen mit gering-

fügigen Anpassungen an den östlichen Bedarf abgeschrieben sei. Die menschenbeglückenden Phrasen, mit denen solche Gewaltrezepte dekoriert werden, stammen aus der Liste jener Zwecke, die angeblich alle Mittel heiligen. Wenn die Peiniger vorgeben, daß sie noch an diese Ziele glauben, – von den Gepeinigten werden sie das nicht mehr erwarten können.“

(Süddeutsche Zeitung 30. 8. 1968)

## Die leidige Tradition

von August Kerger

**Genau vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle von merkwürdigen Traditionsauffassungen bei der Bundesmarine berichtet. Es ging da um Namensnennungen für neue Schiffe und wir haben gefordert, daß diese skandalösen Dinge, soweit sie schon geschehen sind, bereinigt und solche Vorkommnisse in Zukunft verhindert werden.**

Wie zu erwarten war, hat unsere damalige Kritik Zustimmung, aber auch Widerspruch erfahren. Der Widerspruch kam von den Standesgenossen jener Personen, die wir einer Kritik unterzogen hatten, oft leidenschaftlich, aber durchweg fair und von anständiger Gesinnung getragen. Natürlich fehlten auch nicht die die unverbesserlich ewig Gestrigen, deren Schimpfkanonaden uns, die wir selbst bis zum bitteren Ende Soldat sein mußten oder und auch im Widerstand standen, unberührt ließen, weil wir wußten, daß wir Recht hatten.

**Leider hat sich aber nach der Kritik nichts geändert. Es gab zwar einen kleinen Sturm im Blätterwald, einige Politiker entrüsteten sich, aber dann verlief die Angelegenheit im Sande. Die reaktionären Kräfte brauchten nicht zu kapitulieren.** Das erste Schiff trägt also noch immer den Namen des mit dem Naziregime stark verbundenen Admiral Lütjens. Das zweite Schiff wurde inzwischen nach dem Jagdflieger Mölders benannt, eine Sache die hingenommen werden kann, wenn man zwar den Einsatz dieses Mannes bei den spanischen Faschisten nicht billigen wird, ihm aber persönliche Integrität und ehrenhaftes Verhalten zuerkennen muß.

Aber nun geht es schon wieder um die Namensnennung des dritten Schiffes. Da tauchen auch die Namen Rommel und von Manstein auf. Der Generalfeldmarschall Rommel hat seinen politischen Irrtum durch seine Beteiligung am Aufstand gegen Hitler und den erzwungenen Freitod gesühnt und gebüßt. Aber der von Manstein, dem vor einigen Monaten die Bundeswehr zum Geburtstag sogar den „Großen Zapfenstreich“ blasen ließ, war jene Person, die in einem Tagesbefehl vom 20. November 1941 die ihm unterstellten Soldaten offen zum Judenmord aufforderte. Man muß nicht nur staunen, daß der Vorschlag eines solchen Mannes für die Namensnennung eines Schiffes aus dem Bundesverteidigungsministeriums gekommen ist, sondern man muß sich auch über

die Kaltschnäuzigkeit wundern mit der man deutschen Demokraten schon wieder solche „Vorbilder“ serviert.

Wir nehmen uns heute dieser Sache wiederum an, weil wir einen Auftrag auszuführen haben. Auf der Bundeskonferenz des Reichsbanners in Frankfurt wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß alles unternommen werden soll, damit die Bundesregierung veranlaßt wird, den Zerstörer, der nach Lütjens benannt ist umzubenennen und ihm den Namen eines Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus zu geben und das dritte Schiff nicht nach dem Gegner des demokratisch-parlamentarischen Staates von Fritsch zu benennen. Der Plan, das Schiff nach Rommel oder Manstein zu benennen, war in der Öffentlichkeit damals noch nicht bekannt. Wir haben nicht die Illusion, als ob neben anderen Protesten auch unser heutiger Protest gegen beabsichtigte und erfolgte Namensnennungen für Schiffe der Bundesmarine etwa Erfolg hätte. **Geht die Diskreditierung des demokratischen Deutschlands aber weiter so fort, so werden wir einige Dinge noch deutlicher sagen müssen als bisher.** Denn schließlich ist die Sache mit den Schiffen nicht ein Einzelfall, sondern es gibt noch weitere „traditionsbeladene“ Merkwürdigkeiten in der Bundeswehr.

Vielleicht dürfen wir da auf die Erklärung des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr General a. D. Trettner hinweisen, die er Ende August der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegeben hat und wo er sagte, daß die Besetzung der CSSR eine „sehr gute organisatorische Leistung“ gewesen sei. Die Sowjetgenerale hätten mit dem Einsatz von Luftlandtruppen die „alte Taktik“ verwandt, „was auch Hitler gemacht hat“. Und er fährt dann später nach einer ppp-Meldung fort: „Das ist ja damals schon passiert. Wir sind ja damals auch nach Prag geflogen mit den Fallschirmjägern.“ Der a.-D.-General fügte stolz hinzu: „Da war ich mit dabei.“ Und wir fügen kommentarlos hinzu: „Und der Mann war Generalinspekteur der Bundeswehr.“

Und abschließend wollen wir noch etwas zur Bundeswehr-Ehrung des Hitler-Generals Ramcke bemerken. Wir freuen uns, daß der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Martin Hirsch Protest gegen die demonstrative Beteiligung der Bundes-

wehr bei der Beerdigung des ehemaligen Fallschirmjäger-General erhoben hat, wobei Ramcke als „Vorbild für Treue und Pflichterfüllung“ gekennzeichnet worden war. Wir sind gespannt auf die Beantwortung der Anfrage des Bundestagsabgeordneten Hirsch im Parlament. Aber auch hier wird es gewundene Erklärungen und Rechtfertigungsversuche geben und es wird auch jetzt nichts geschehen, was die Gewißheit gäbe, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Ein Kamerad hatte in dieser Angelegenheit einen nicht unbekanntem, sehr ehrenwerten, rührigen und tüchtigen Politiker angesprochen. Achselzuckend sagte er nur „Was sollen wir da schon machen?“

**Nun, wir werden auf jeden Fall nicht resignieren und mit den bescheidenen Möglichkeiten, die uns leider nur zur Verfügung stehen, immer wieder laut und deutlich, für manche Opportunisten unangenehm und lästig, restaurative Tendenzen in der Bundesrepublik anprangern, wo immer sie auftreten. Denn die Bundesrepublik ist schließlich unser Staat, der nicht wieder eine Beute der Reaktion werden darf.**

Wir werden uns vielleicht mehr noch wie früher, um ehemalige Soldaten kümmern müssen. Was ihnen oft an „Traditionswerten“ angeboten worden ist und noch angeboten wird, gibt ihnen ein falsches, vielleicht sogar ein verfälschtes Geschichtsbild. Mit Nachdruck wollen wir auch die jungen Reservisten der Bundeswehr, wie die jungen Arbeiter, Angestellten und Studenten warnen, wie unser Kamerad Sabais es so eindrucksvoll in Frankfurt gesagt hat „vor jenen deutschtümelnden Chauvinisten, die wieder alte Phrasen feilbieten und politisch dümmer als ihre Großväter sind“.

---

**So darf es nicht wieder werden:  
Gelehrtheit ohne Charakter,  
Wissen ohne Gewissen,  
Organisation ohne Menschlichkeit,  
Disziplin ohne Freiheit,  
Ideal ohne Würde.  
Das war das Ergebnis einer  
deutschen Geistesentwicklung  
von Gestern!**

---



## Mitteilungen des Bundes- vorstandes

Samstag, 5. Oktober, und Sonntag, 6. Oktober 1968 **Sitzung des Bundesvorstandes** in Frankfurt (M.), „Haus Dornbusch“, Eschersheimer Landstr. 248. Tagesordnung ist allen Mitgliedern zugegangen.

Die Geschäftsstelle des Bundesvorstandes ist montags bis samstags von 13.00 bis 17.30 Uhr geöffnet.

### Aus den Ortsvereinen

#### BADEN-WÜRTTEMBERG

##### Heidelberg

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an Max Franke, 69 Heidelberg, Langgarten 21.

##### Sindelfingen

Neue Freunde und ehemalige Kameraden melden sich wegen der Mitgliedschaft bei Heinz Albert, 7032 Sindelfingen, Leonberger Straße 153. Auch zuständig für die Kreise Böblingen und Leonberg.

#### BAYERN

##### München

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an einen der nachstehenden Kameraden: Andreas Ritz, 8 München, Dietramszeller Platz 7/1; Georg Granninger, 8 München 23, Leopoldstraße 80; Franz Angermeier, 8 München 80, Welstenholzener Straße 16.

##### Berlin

Stützpunkt 1/20 **Berlin-Spandau**, 21. 9. 1968, 20 Uhr, Tischgespräch im Hotel „Zum Stern“. Altstadt; 29. 9. 1968, 10 Uhr, Kranzniederlegung zum Gedenken an Polizeimajor Heinrich, an der Karl-Heinrich-Brücke.

#### FRANKEN

##### Nürnberg

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich bitte zwecks eines kameradschaftlichen geselligen Beisammenseins an einen der folgenden Kameraden: W. Riepeckohl, 85 Nürnberg, Wiesenstraße 186; Walter Benkert, 85 Nürnberg, Frauentorgraben 43; Hugo Friedrich Müller, 85 Nürnberg, Glogauer Straße 9.

##### Hamburg

Am 28. 9. 1968 **Mitgliederversammlung** bei Lothar Woelke, Hamburg-Rahlstedt, Meh-

landsredder 14, um 16 Uhr. Ortsvereinsvorsitzender: Kurt Clasen, 205 Hamburg 80-Bergedorf, Billgrabendeich 21; Büro bei Arnold Wendt, 2 Hamburg 73 Rahlstedt, Mehlandsredder 37b, Tel. 6 77 32 65.

#### HESSEN

##### Frankfurt am Main

Freitag, den 20. 9. 1968, 19 Uhr, Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle Reineckstr. 7.

##### Offenbach am Main

Mitgliederversammlung am 3. 10. 1968 in der „Amtsstube“, Geleitstraße 114 / Ecke Körnerstraße. Freunde und Bekannte mitbringen! Diskussion über aktuelle Fragen. Anregungen und Tagesordnung durch besondere Einladung. Alle Anfragen und Vorschläge an den 1. Vorsitzenden Walter Kaiser, 605 Offenbach/M., Schumannstraße 74, Telefon 88 55 58.

#### NIEDERSACHSEN

##### Hannover

Mitgliederversammlung am 6. 10. 1968, 10 Uhr, Gaststätte Sprenkel, Ecke Schneiderberg-/Kniestraße.

#### NORDRHEIN-WESTFALEN

**Samstag, 28. 9. 1968, 10 Uhr, in Leverkusen 1. Arbeitskonferenz für Nordrhein-Westfalen, unter Teilnahme der Ortsvereinsvorstände, Stützpunktleiter und von Einzelmitgliedern in verschiedenen Orten. Schriftliche Einladung ist ergangen; Konstituierung des Landesverbandes.**

##### Bonn

Voranzeige: 19. 10. 1968, 19 Uhr, im Bonner Bürger Verein **öffentliche Versammlung**. Es spricht das Mitglied des Bundesvorstandes, Stadtrat Sabais, Darmstadt, zum Thema: „Die Republik braucht aktive Demokraten“.

##### Düsseldorf

Die 1. Versammlung der Düsseldorfer Kameraden findet Ende des Monats statt. Genaue Termin usw. wird durch Dr. Middelhaufe, 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-Friedrich-Ring 68, Telefon 5 22 64, bekanntgegeben.

##### Krefeld

Alle ehemaligen Kameraden und neue Freunde, die dem Bund wieder beitreten wollen, wenden sich an den Ortsvereinsvorsitzenden Albert Machost, 415 Krefeld, Prinzenbergstraße 111, Telefon 6 43 95. Nächste Mitgliederversammlung nach der Landeskonferenz.

##### Leichlingen

Leiter des neuen Stützpunktes ist Herbert Grafe, 5672 Leichlingen, Grafenberger Weg 9.

#### Leverkusen

Zur nächsten Mitgliederversammlung, die noch vor der Landeskonferenz stattfinden soll, wird besonders eingeladen. Neue Freunde melden sich bei Josef Karp, Ortsvereinsvorsitzender, 509 Leverkusen, Petersbergstraße 41, Telefon 7 13 62.

#### Solingen

Meldungen von ehemaligen Kameraden und neuen Freunden an Karl Viggen, 565 Solingen-Merscheidt, Blücherstraße 35.

#### Ratingen

Alle Zuschriften zur Wiedergründung des Ortsvereins bzw. eines Stützpunktes an W. Kaynig, 403 Ratingen, Am Ostbahnhof 10.

#### Wuppertal

Alle Zuschriften zur Wiedergründung des Ortsvereins an W. Kluge, 56 Wuppertal-Elberfeld, Uellenbergplatz 4.

#### Dortmund

Ehemalige Kameraden und neue Freunde aus den Reg.-Bez. Münster und Arnsberg melden sich bei Paul Höbener, 46 Dortmund, Bruderweg 9, Telefon 52 76 88/99.

#### Paderborn

Neue Freunde melden sich beim Stützpunktleiter Josef Weiß, 479 Paderborn, Ansgarstraße 26.

#### SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich wegen Mitgliedschaft an Walter Jansen, 32 Kronshagen über Kiel, Stein-damm 1c, Telefon 0431/5 39 46.

#### WESER-EMS

Am 26. 10. 1968 **Zusammenkunft aller norddeutschen Ortsvereinsvorstände in Bremen**. Einladung durch die Geschäftsstelle: 28 Bremen, Plettenberger Weg 18 (Landesvorsitzender Dieter Westermann).

#### Das Reichsbanner

**Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V., Berlin**

Nr. 9 · September 1968 · 12. Jahrgang

**Herausgeber:** Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

**Verantwortlicher Redakteur:** August Kerger, 53 Bonn, Nikolausstraße 17/II, Telefon: (02221) 2 97 15.

**Druck u. Verlag:** Alfred Ludwig & Sohn OHG, 6 Frankfurt a. M., Löwengasse 27, Tel.: 45 44 55

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. — Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserzuschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.